

 **Bundesministerium**  
Verfassung, Reformen,  
Deregulierung und Justiz

[bmvrjdj.gv.at](http://bmvrjdj.gv.at)

**Dr. Josef Moser**  
Bundesminister für Verfassung, Reformen,  
Deregulierung und Justiz

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMVRDJ-Pr7000/0057-III 1/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2946/J-NR/2019

Wien, am 25. April 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hermann Krist, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. Februar 2019 unter der Nr. **2946/J-NR/2019** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „aufschiebende Wirkung Verwaltungsgerichtsverfahrgesetz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 3:**

- 1. Gibt es in der Vollziehung von § 13 Verwaltungsgerichtsverfahrgesetz in der Praxis Probleme, die ihrem Ressort bekannt sind und die grundsätzlich mit langen Verfahrensdauern im Zusammenhang stehen?
- 2. Sehen Sie oder Ihr Ressort eine Notwendigkeit, § 13 Verwaltungsgerichtsverfahrgesetz zu novellieren?
- 3. Wenn ja, wann werden sie einen Ministerialentwurf in Begutachtung schicken, welchen Inhalt soll dieser Entwurf haben und welche Zwecke sollen konkret damit erreicht werden

Insgesamt sind beim Bundesverwaltungsgericht (BVwG) derzeit rund 40.000 Beschwerdeverfahren anhängig, nur ein ganz geringer Teil davon sind Verfahren nach dem Luftfahrtgesetz (LFG). Seit 1. Jänner 2014 (bis 28. März 2019) wurden insgesamt 61 Verfahren nach dem LFG, in welchen die Austro Control GmbH belangte Behörde war, davon im Geschäftsjahr 2018 insgesamt neun Verfahren abgeschlossen.

§ 13 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwGVG) sieht die aufschiebende Wirkung von Beschwerden gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG (Bescheidbeschwerden) vor. Regelungen über die aufschiebende Wirkung, wie die vorliegende, sind allerdings bereits durch das verfassungsrechtliche Rechtsstaatsprinzip und den daraus abgeleiteten Grundsatz der Effektivität des Rechtsschutzes geboten. So hat der Verfassungsgerichtshof bereits in seinem Erkenntnis VfSlg. 11.196/1986 festgehalten, dass „Rechtsschutzeinrichtungen ihrer Zweckbestimmung nach ein bestimmtes Mindestmaß an faktischer Effizienz für den Rechtsschutzwerber aufweisen müssen“. Daraus leitete der Verfassungsgerichtshof ab, dass es nicht angeht, dass der Rechtsschutzsuchende generell einseitig mit allen Folgen einer potentiell rechtswidrigen behördlichen Entscheidung bis zur endgültigen Erledigung seines Rechtsschutzgesuchs belastet wird (vgl. zuletzt VfGH 2.3.2018, G 260/2017, mwN).

Der Verfassungsgerichtshof hat auch bereits ausgeführt, dass der Gesetzgeber unter Berücksichtigung der Position des Rechtsschutzsuchenden, des Zweckes und Inhaltes der jeweiligen Regelung und der Interessen Dritter sowie des öffentlichen Interesses einen Ausgleich zu schaffen hat, wobei dem Grundsatz der faktischen Effizienz eines Rechtsbehelfs der Vorrang zukommt und dessen Einschränkung nur aus sachlich gebotenen, triftigen Gründen zulässig ist (vgl. VfSlg. 11.196/1986).

Insbesondere unter Berücksichtigung der in § 13 Abs. 2 VwGVG vorgesehenen Möglichkeit, die aufschiebende Wirkung einer Bescheidbeschwerde bei Gefahr in Verzug unter bestimmten Voraussetzungen auszuschließen, welche der Hintanhaltung von unverhältnismäßigen Nachteilen dient, ist eine Notwendigkeit zur Novellierung des § 13 VwGVG nicht ersichtlich. Mir sind insoweit bislang auch keine Probleme bekannt geworden. Überdies sind abweichende Bestimmungen in Materiengesetzen unter Berücksichtigung der oben dargelegten Grundsätze und einer begründeten Darlegung der Erforderlichkeit (siehe Art. 136 Abs. 2 B-VG) möglich (vgl. etwa § 16 Abs. 2 BFA-VG) und stellen nach Ansicht des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz auch eine zielgenauere Möglichkeit dar, auf besondere Konstellationen wie die hier angesprochene zu reagieren.

Die Notwendigkeit einer Novellierung des § 13 VwGVG ist aus meiner Sicht nicht gegeben; eine Novellierung des § 13 VwGVG scheint einerseits unzweckmäßig und könnte sich andererseits als verfassungsrechtlich problematisch erweisen.

Dr. Josef Moser



